

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr

bei ständiger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 10,--
Einzelnnummer M. 6,-- Sonntagsausgabe M. 8,--
Die Spalte 3 mm breite Zeile M. 20,-- außerhalb Sachsens M. 25,-- Familien-
anzügen, Anzeigen unter 100 W. u. Wohnungsanzeigen, 100 W. u. Verträge
20%, Nachsch. Verzugsspitze laut Tarif. Auswärt. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei
Verlagsnummer 25 241

Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Etalage 1. Rang — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche

Excelsior Diele

Seestraße 7

Konzerte Jaska Lakatos, ungar. Kapellmstr. u. Cymbalvirtuos
zum 3-Uhr-Tea und abends

Schokolade

Deutschmelster

wirklich
hervorragende Qualität

Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Feinste Ledertwaren + Damentaschen
Elegantes Reisegepäck

26 Prager Straße **Adolf Mäter** Prager Straße 26

Der drohende Zusammenstoß im Orient.

Die Pariser Orientberatungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 22. Sept. Heute nachmittags um 2 Uhr sind im Quai d'Orsay Poincaré, Lord Curzon und Graf Sforza zu einer Besprechung aufeinandergetreten. Für diese Konferenz, die von sehr einschneidender Bedeutung für die Frage des Orientfriedens ist, werden in politischen Kreisen drei Lösungen ins Auge gefaßt:

1. Die aus London kommenden Instruktionen sind nicht kategorisch genug, um der Konferenz am Quai d'Orsay eine klare Entscheidung zu ermöglichen. In diesem Falle werden die drei Unterhändler eine neue Vor-Konferenz den Alliierten vorschlagen, was den Nachteil haben würde, daß die türkische Armee zum Abwarten veranlaßt werden müßte. Dies erscheint unter den augenblicklichen Verhältnissen sehr schwierig.

2. Die englische Regierung weigert sich entschieden, der Türkei eine festgesetzte Grenze oder zukünftige Erleichterungen zu versprechen. In diesem Falle können die Ereignisse in den Dardanellen und am Bosporus eine Wendung von unübersehbarer Tragweite nehmen.

3. Die Konferenz der drei Alliierten erklärt sich mit den Forderungen Frankreichs einverstanden und entscheidet, daß die Friedenskonferenz zwischen den Türken und Griechen und somit die Revision des Vertrags von Sevres an dem noch zu bestimmenden Zeitpunkt und Ort stattfindet. Sie verpflichtet sich, von jetzt an im Namen der alliierten Großmächte Kemal-Pascha Thrazien mit der Grenze bis zur Marmara und Adrianopel zu überlassen.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Besprechungen heute Abend ihren Abschluß finden werden. Sollte eine Übereinstimmung zwischen Frankreich, England und Italien zustandekommen, so würden sofort Zeitpunkt und Ort der Konferenz festgesetzt werden, die die Bestimmung hat, den Feindeslügen im Orient ein Ende zu bereiten. Unterdessen hat Frankreich alle Maßnahmen getroffen, um auf keinen Fall überrascht zu werden. Der Marschall Foch hatte heute eine Unterredung mit dem Admiralstabchef. Die ausgearbeiteten Befehle sind derart, daß die französische Flotte für jede Eventualität bereitsteht.

Abschwächung der zuverlässigen Stimmung in Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 22. September. Die Zurückhaltung, die gestern über den glücklichen Ausgang der Pariser Verhandlungen herrschte, hat sich heute bei der Verbreitung der Mitteilung, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, ihre Truppen in Tschana zu lassen, um die neutrale Zone gegen einen kemalistischen Angriff zu verteidigen, sehr abgeschwächt. Diese Entscheidung der englischen Regierung soll auf einen Bericht zurückzuführen sein, den Lord George von dem General Plumer, der sich in Konstantinopel aufgehalten hat, erhielt. Die Nachrichten aus Konstantinopel sind sehr ungewiß.

Museinandersehungen über die Orientfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 22. Sept. Nachdem gestern im dritten Ausschuss der Völkerbundsversammlung die Reparationsfrage behandelt worden war, stand heute im fünften Ausschuss (politische Angelegenheiten), wenn auch in weniger feierlicher Form, die Orientfrage, nämlich des Antrages Ranken, der die Beendigung des griechisch-türkischen Krieges forderte, und der von Lord Cecil lebhaft unterstützt wurde, zur Debatte. Hierher, England, und in Übereinstimmung mit ihm, Danontaux, Frankreich, lehnten diesen Antrag ab. Fisher schlug einen eigenen Text vor, der den Großmächten die Initiative für alle Schritte vorbehalten will. Da weder über diese Phase, noch über einen neuen den englischen Text sich nähernden Entwurf (S. 11) Japan, ein Einvernehmen erzielt werden konnte, wurde ein Redaktionskomitee mit der Ausarbeitung des endgültigen Textes betraut. Im Verlaufe der sehr langwierigen Auseinandersetzungen wurde von den Vertretern der alliierten Großmächte mit besonderer Vehemenz von Danontaux, Frankreich, der Grundgedanke vertreten, daß der Völkerbund nicht das Recht habe, Frankreich, Italien und England, die gegenwärtig Verhandlungen über das Orientproblem führen, das Problem aus der Hand zu nehmen, wobei die Übereinstimmung der anwesenden Vertreter der drei Großmächte deutlich anzutage trat.

Schlaglichter auf die Lage im Orient warfen die Reden des versifischen Delegierten Prinz Dowlen, der schon wiederholt als Wortführer mohammedanischer Interessen im Völkerbund aufgetreten ist, des griechischen Delegierten Strati, der die Verantwortung für die Verlängerung des griechisch-türkischen Krieges ablehnte und an das Bündnis Griechenlands mit den Alliierten während des Krieges erinnerte, endlich die des bulgarischen Delegierten Radoff, der den Friedenswillen und die Loyalität Bulgariens betonte, aber auch auf die tragische Lage hinwies, die bei der Fortdauer oder Erneuerung des Krieges für das durch die Friedensverträge entwaffnete Bulgarien entstehen könnte. Trotz des Appells verschiedener Delegierter, darunter des australischen Vertreters des Völkerbundes, daß die Wiederherstellung des Friedens nun müsse, dürfte der Resolutionsentwurf, an dem morgen das Redaktionskomitee arbeiten soll, die Auffassung der Großmächte sanktionieren. (S. 1. B.)

Die Entschlossenheit der Türken.

London, 21. Sept. Die der Konstantinopeler Berichterstatter der „Associated Press“ mittels, hat ihm der Vertreter der Angora-Regierung Said-Bei erklärt, es sei sicher, daß die türkischen Nationalisten den Engländern den Krieg erklären würden, wenn diese versuchen sollten, die Bewegung der türkischen Truppen über die Meerengen zu verhindern. Said-Bei erklärte weiterhin, der Entschluß Angoras, Thrazien zu besetzen, sei gefaßt und nichts werde Angora davon abhalten, ausgenommen eine Anerkennung der nationalistischen Forderungen. Die Angora-Bersammlung habe mit überwältigender Mehrheit die Diktator Mustafa Kemal erweitert und habe ihn ermächtigt, den Krieg fortzusetzen, bis die im Nationalistenpartei vorgeschriebenen Bedingungen voll erreicht seien. (S. 1. B.)

London, 22. Sept. Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, die Angora-Regierung sei im Begriff, den Alliierten eine Erklärung zu unterbreiten, in der gefordert wird, daß die Griechen Thrazien räumen, das dann durch türkische Truppen besetzt werde. Es werde um eine Entscheidung binnen 48 Stunden ersucht. (S. 1. B.)

Nur England hält noch die neutrale Zone.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

London, 22. Sept. Neuer meldet aus Konstantinopel, daß auf Anordnung der Regierungen die französischen und italienischen Truppenabteilungen aus der neutralen Zone zurückgezogen worden sind. Wie bekannt, wurden die Truppenabteilungen zurzeit zur Demonstration der alliierten Einigkeit in dieses Gebiet entsandt, für den Fall, daß die Kemalisten die neutrale Zone nicht respektieren würden. Die Grenzen der neutralen Zone sind jetzt ausschließlich von England gehalten. Man meldet, daß die Vorposten der Kemalisten bereits die weiteren Ereignisse ab. Es wird als bezeichnend angesehen, daß Said-Bei sich geweiht hat, für die Respektierung der neutralen Zone durch die Kemalisten zu garantieren, obgleich er davon unterrichtet worden ist, daß eine Eisenlinie den Krieg mit Großbritannien zur Folge haben würde.

London, 22. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt: Die Zurückziehung der englischen Streitkräfte aus Tschana komme immer noch nicht in Frage. Zwischen Curzon und Poincaré sei in Paris nichts vereinbart worden, was diesen Entschluß berühre. Im Gegenteil sei Curzon fest in seiner Haltung gegenüber dieser Frage gewesen. Die britische Truppen würden auch ohne französische in Tschana bleiben. Der französische Stolz müsse sich damit abfinden. Die französische Politik müsse sich die Folgen vertragen. Von Angora liege bisher noch keine Antwort auf die Anfrage vor, ob die neutrale Zone respektiert werden würde.

Die Kriegsgegnerschaft der englischen Arbeiter.

London, 22. Sept. Die Kundgebungen der englischen Arbeiterschaft gegen einen neuen Krieg im Orient wurden heute fortgesetzt. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter hat beschlossen, sofort den Aktionsausschuss einzuberufen. Der Vorschlagsausschuss der Kohlenarbeiter hat ein Telegramm an Lord George gerichtet, in dem er ersucht, die Orientfrage dem Völkerbunde zu unterbreiten. Die englischen Kohlenarbeiter seien entschlossen, unter allen Umständen einen neuen Krieg zu verhindern. Lord George empfing gestern eine zahlreiche Abordnung der Trade Union, die mehrere Millionen organisierte Arbeiter umfaßt. Zu Beginn der Unterredung wies die Arbeiterführer darauf hin, daß England im Orient die Neutralität wahren müsse. Sie fügten hinzu, daß die Anwesenheit der englischen Truppen auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen durchaus unzulässig sei. Lord George versuchte, seine Orientpolitik zu verteidigen. Er gab den Delegierten die Zusicherung, daß England ebenfalls wünsche, den Frieden aufrechtzuerhalten.

Londoner offizielle Reise zur Lage.

(Eig. Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

London, 22. Sept. In hiesigen offiziellen Kreisen sieht man die Lage als zufriedenstellend an. Curzon wird seinen Aufenthalt in Paris verlängern in der Hoffnung, mit Frankreich und Italien zu einem Einverständnis zu gelangen. Gestern haben ministerielle Beratungen stattgefunden, nach deren Abschluß Lord George wieder auf Land zurückgekehrt ist. Die Regierung bleibt in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Forderung von Tschana fest und wird die Frage einer Nennung erst ansprechen, wenn Mustafa Kemal-Pascha Garantien für die neutrale Zone gegeben hat. Man behauptet, daß der Ruf des Generals Harrington die in England eingeschlagenen politischen Richtlinien darstelle, wonach die neutrale Zone sowohl von den Türken als auch von den Griechen zu respektieren sei.

Dollar (Amtlich): 1390
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 1400

Die Genfer Sensation.

Der an aufregenden politischen Momenten wie überhaupt an Überraschungen durchaus nicht reiche Völkerbund hat seine Sensation, hatte sie zum mindesten, als unvermutet der Abrüstungsausschuss zu einem Reparations- und Schuldenausschuss des Völkerbundes wurde und nicht zögerlicher unternehmen wollte, als mitten in das bisher vom Völkerbund angestricheltem Wesensmerkmal der Reparation hineinzugreifen. Alle Welt horchte auf ob dieser ungewöhnlichen Kühnheit, und es schien, als ob der Sekretär Lord Robert Cecil in der ersten Reihe einen offenen Kritik der Untätigkeit des Völkerbundes mit seiner dreimaligen Warnung zur Abhaltung dem stark an Verlesung leidenden Völkerbund arg ins Gebein gefahren wäre. Diese Warnung hatte damals jedoch nur allgemeines Kopfschütteln erregt, und nachdem Danontaux und Lord Balfour darauf hingewiesen hatten, daß dem Völkerbund keine Nachmittel, sondern nur moralische Möglichkeiten zur Verfügung stehen, verließ alles wieder im gewohnten Gleise, bis die Verhandlungen über die Abrüstung Lord Cecil eine neue Möglichkeit zur Ausrottung der Reparations- und Schuldenfrage boten. Dazu scharf war der englisch-französische Gegensatz in der Abrüstungsfrage zutage getreten; denn da Frankreich erst den Garantiepaß und dann die Abrüstung will, England aber die Abrüstung als eine Vorbedingung für einen Garantiepaß ansieht, so ist das schlechterdings nicht miteinander in Einklang zu bringen. Und wenn man den Dingen weiter auf den Grund geht, dann ist es auch einleuchtend, daß eine neue Forderung, daß eine Abrüstungsfrage, wenn sie nicht dauernd als unerledigte Sache in den Akten des Völkerbundes ruhen soll, nur durch eine Förderung der „moralischen“ Abrüstung, durch eine Wiederherstellung des internationalen Vertrauens zu erwarten ist, die wiederum ohne endgültige Regelung des Reparations- und Schuldenproblems nicht denkbar ist. Das ist gewiß nicht der Ausfluß höchster politischer Weisheit; denn daß die Reparationsfrage der Kern des ganzen europäischen Problems ist, weisen die Spaten von den Dächern. Man kommt eben immer auf das Zentralproblem der Reparation, von welcher Erscheinungsform der zerfahrenen europäischen Verhältnisse man auch ausgehen mag. Das ist auch schon bei allen Beratungsgegenständen von Genoa, bei den Fragen der Stabilisierung der Wechselkurse, der Regelung des internationalen Handels, des Verkehrs und der Arbeitslosigkeit der Fall gewesen. Und wie die Konferenz von Genoa an dem Verbot der Verhandlung des Reparationsproblems gescheitert ist, droht der Abrüstung daselbe Schicksal, wenn man nicht das Uebel bei der Wurzel anpackt.

Lord Robert Cecil hat in der Abrüstungskommission den Versuch zu einem entscheidenden Schritt gemacht, er hat in seinem langen wohlüberlegten Antrag nichts geringeres gefordert, als daß der Völkerbund auf seiner gegenwärtigen Tagung einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage und der internationalen Verschuldung aufstellen sollte. Ob die endgültige Entscheidung dann vom Obersten Rat, der Reparationskommission, einem Sachverständigenausschuss oder einer internationalen Konferenz getroffen würde, sei gleich, aber die Vorbedingungen für alle Fragen müßten vom Völkerbund geklärt werden und zwar sofort, da leicht die Minuten gezählt seien, wenn man Europa vor dem finanziellen Zusammenbruch retten wolle. Eine Offenbarung ist das natürlich für niemand, aber daß Lord Cecil rücksichtslos den Finger auf die Wunde gelegt hat, ist eine Kühnheit in einem Völkerbund, der bisher seine Hauptaufgabe darin erblickt hatte, allen großen Fragen der internationalen Politik auszuweichen und auch über das bisher einzige große Problem, die Herrschaftsfrage, möglichst schnell hinwegzukommen. Nichts ist erklärlicher als die „atemlose Spannung“ der überraschten Delegierten, die sich bis zur Verblüffung steigerte, als der französische Delegierte de Jouvenel nicht sofort mit einer scharfen Philippika gegen seinen englischen Angreifer vom Leder zog, sondern das französische Einverständnis mit einer Behandlung dieser Frage und sogar bestimmte französische Vorschläge an Cecil Anregungen ankündigte. Der Mann war gebrochen, das Schild „Verboten“, das in Genoa vor allen Einschüpfungen zur Reparationsfrage angebracht war, zerstört, und Europa konnte die Augen erwartungsvoll nach Genf richten, von wo ihm bisher nichts als Enttäuschungen gekommen waren.

Das war die Sensation von Genf. Heute ist sie es nicht mehr, dürfte es wohl auch kaum noch werden, wenn der einstimmige Beschluß der Abrüstungskommission vor dem Völkerbundspenium zur Verhandlung und, wie zu erwarten steht, zur Billigung kommt. Denn mit ungewöhnlichem diplomatischen Geschick hat Frankreich den englischen Vorstoß abgeschlagen und die Annahme der Resolution de Jouvenels durchgesetzt, die zwar scheinbar der Auffassung Lord Ceclis folgt, dem Völkerbund aber die Aufstellung eines Reparationsplanes entzieht. Was hätte auch Frankreich von einem Reparationsplan des Völkerbundes erwarten können? Poincaré hat mit internationalen Konferenzen zur Regelung der Reparationsfrage schlechte Erfahrungen gemacht. Das Ergebnis der Beratungen des aus den bedeutendsten Finanzautoritäten zusammengesetzten

Morganomies hat die bedeutsame Erklärung gebracht, daß ein Kredit an Deutschland ohne vernünftige Verabreichung der Reparationssumme unendlich ist, und sogar die Reparationskommission hat unter Zustimmung Dubois' und Poincarés die innere und äußere Kreditfähigkeit Deutschlands ausdrücklich festgestellt und die Notwendigkeit einer Verabreichung der Reparation betont. Jede andere Konvention und auch der Völkerverbund könnte nur zu demselben Resultat kommen. Er könnte darüber hinaus aber vielleicht noch die neuerdings von England wieder geforderte Räumung des besetzten Gebietes für notwendig erklären und vielleicht sogar an dem abgeleiteten Verfall der Verträge rütteln. Diesen Möglichkeiten kann man aber ausweichen, wenn man die ganze Frage dem Völkerverbund aus den Händen rückt und sie gegebenenfalls dem Völkerverbund überweist, in dem Frankreichs Einfluß bisher schon dominiert hat und der bei einer Vermehrung und Ergänzung der nichtständigen Mitglieder durch Venedig oder andere Franzosenfreunde eher eine Gewähr für Frankreich gezielte Feststellungen bietet. Und so läuft denn die im Ausschuss einstimmig angenommene Entschließung de Jouvenels, die in ihrem ersten Teil zwar die Gedankengänge Secils wiederholt, daß die Abrüstung ohne eine Regelung der Verhältnisse und der Wiederaufbaufrage nicht möglich sei, darauf hinaus, daß die Versammlung den Wunsch nach einer baldigen Konferenz der Signatarmächte von Versailles zur Regelung des Reparations- und Verkaufsproblems ausdrückt und im übrigen den Völkerverbund beauftragt, allen derartigen Bemühungen der Regierungen händige Aufmerksamkeit zu schenken. Im übrigen soll der Völkerverbund an diesen Fragen aktiv nur teilnehmen, falls die Regierungen ihn dazu aufzufordern!

Das ist der Kern, aber auch das Grab aller Bemühungen, den Völkerverbund zu dem Zentralproblem Europas Stellung nehmen zu lassen. Alles, was sonst noch geredet wurde und vielleicht noch geredet wird, ist Schaum, auch die Erklärung de Jouvenels, daß es sich in seiner Resolution darum handle, kurz vor der Konferenz von Brüssel den Völkerverbund an die Stelle der Staaten treten zu lassen, da er nur dem Völkerverbund meinte. Schaum ist auch die bei dem französischen Vorklären recht eindrucksvolle Sentimentalität, daß Frankreich an der Spitze der Kulturwelt um sein Recht bitten müsse, und Vorse ist es, wenn das Problem dadurch gelöst werden soll, daß man es abgibt, ohne die Verträge zu revidieren. Der von dem Schweizer Moita ausgehende einige vernünftige Vorschlag, Deutschland als Signatarmacht an der Regelung zu beteiligen, wird unter scharfen Ausfällen de Jouvenels einfach abgelehnt. Für die Statistenrolle, die die übrigen Delegierten bei dieser Beratung spielen, ist es dabei bezeichnend, daß sie sowohl den Vorklären Moitas, wie die Resolution de Jouvenels mit lebhaftem Beifall quittierten. Die Völkerverbundskommission ist nach einem mißlungenen Anlauf, Politik zu treiben, wieder in ihr Recht eingetreten.

Die Möglichkeit, daß über kurz oder lang der Völkerverbund zur Regelung der Reparationsfrage berufen werden kann, ist jedoch insofern nicht bedeutungslos, als sie einen kleinen Ausblick auf die künftige französische Politik eröffnet. Poincaré ist nicht wohl in seiner Haut, nachdem er, der Exponent der französischen Gewaltpolitik, auf den der nationale Block seine ganze Hoffnung setzte, die Feststellung der Reparationskommission von der Notwendigkeit der Zahlungsüberprüfung billigen und auch in der Sachleistungsfrage den bemerkenswerten Umschwung vollziehen mußte. Und wenn damals vor der Reparationsdeklaration die Kammer nicht gerade in die Ferien geschickt worden wäre, hätte er wohl seinen besonders leichten Stand gehabt. Kein Wunder, daß ihm nun die Ende dieses Jahres aus der großen Reparationskonferenz fällig werdende Konferenz aus der festgesetzten deutschen Zahlungsunfähigkeit nicht geringe Kopfschmerzen macht und er nach einem Ausweg sucht, um allzu großen Verwicklungen zu entgehen. Schon einmal hat der Völkerverbund ausweichen müssen, als der englisch-französische Gegensatz einfach nicht zu überbrücken war. Damals, in der oberirdischen Frage, hat er im französischen Interesse nicht verlagert, hat sich vielmehr das Vertrauen der französischen Kammer im höchsten Maße erworben. Warum sollte er nicht wieder die Rettung bringen, wenn die Widerstände zu stark werden? Und so ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß Frankreich nach zunehmender diplomatischer Vorbereitung bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder des Rates auch diesmal wieder in diesem Ausblicksmittel greift, zu dem die Resolution de Jouvenels vorzüglich den Weg ebnet. Er hätte vielleicht auch den Vorteil, daß das „unparteiliche“ Völkerverbundorgan in der Frage der Streichung der interalliierten Schulden einen recht brauchbaren Wechselschlag hat, der für Amerika und England einen moralischen Druck zur Verabsichtung ausüben könnte. Für uns aber hat der Völkerverbund den Nimbus der Unparteilichkeit nie befehlen, er läßt uns vielmehr nach der unerhörten Rechtsverehrung in Oberhiesien das Schlimmste befürchten, und so haben wir nicht den geringsten Anlaß, uns über das Ergebnis der Reparationsdeklaration im Völkerverbund zu freuen, die günstigstenfalls bedeutungslos sind, bei einer aktiven Mitwirkung des Völkerverbundes an der Reparationslösung aber eine große Gefahr für uns bringen können.

Voreilige Kombinationen über eine Regierungsumbildung.

Deutsche Volkspartei und vereinte Sozialisten. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Sept. Berliner Meldungen über den baldigen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung werden offiziell als voreilige Kombinationen bezeichnet. Augenblicklich sei in der politischen Lage eine gewisse Entspannung eingetreten, und die Regierung müsse sich jetzt in erster Linie mit wichtigeren innerpolitischen Fragen beschäftigen. Keinesfalls seien irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden, daß irgendeine politische Umgruppierung noch vor dem Zusammentritt des Reichstages stattfindet. Reichskanzler Dr. Wirth stehe einer Erweiterung des Kabinetts ohne vorgefasste Meinung gegenüber, warte aber andererseits den Gang der politischen Entwicklung ab. Erst wenn sich die Parteien auseinandergesetzt hätten, wie und auf welcher Grundlage eine Erweiterung der Regierung stattfinden soll, werde es Aufgabe des Reichstages sein, daraus die nötigen politischen Folgerungen für das Kabinett zu ziehen. Voreilige Kombinationen vergrößerten nur die an sich vorhandene Nervosität in den politischen Kreisen und wirkten um so ungünstiger, als die Vereinigte Sozialdemokratische Partei gerade jetzt wenig Raum gebe, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Andererseits sei klar, daß eine gewisse Mitarbeit der industriellen Kreise auf die Dauer nicht zu vermeiden sein werde. Dazu müsse aber erst eine Grundlage geschaffen werden.

Weitere Gerüchte über die Regierungsbereitschaft der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 22. Sept. Zu der am kommenden Sonntag stattfindenden Tagung der Deutschen Volkspartei in Dresden erzählt United-Telegramm, daß sich die Tagung in der Hauptsache mit der Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung befassen werde. Die Stärkung der Sozialdemokraten durch den Zusammenstoß mit den Unabhängigen lasse es auch den Demokraten und dem Zentrum angezeigt erscheinen, die bürgerliche Whalanz durch die Volkspartei zu verhärfen.

Zentrumstagung in Berlin.

(Eigenes Drahtbericht der Dresden Nachrichten.)
Berlin, 22. Sept. Der Parteivorstand der Zentrumspartei ist auf den 14. Oktober und der Reichsausschuss der Zentrumspartei auf den 15. und 16. Oktober nach Berlin einberufen. Außer Organisationsfragen wird ein Bericht über die politische Lage erhaltet werden. (W. T. B.)

Die Einigungsberatungen der Unabhängigen.

Unabhängiger Parteitag in Gera.

Gera, 22. Sept. Am Freitag erörterte der Parteitag die Einigungsfrage.

Dazu hat der Parteivorstand Crispian folgenden Antrag vorgelegt:

Die Partei beschließt auf Grund des vorliegenden Aktionsprogramms und der vorliegenden organisatorischen Vereinbarungen die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Außerdem liegt ein anderer Antrag vor, der Garantien für das Selbstbestimmungsrecht der Mittelmeer während der Übergangszeit fordert.

Sofort begann ein Sturm zur Vorberatung. Als Referent erhielt zunächst das Wort der Parteivorstand Crispian: An der Spitze des vorliegenden Aktionsprogramms steht der Klassenkampf. Die Klassenharmonie wird abgelehnt. Das entspricht genau dem Leipziger Manifest der U. S. P. Das ist trotzdem notwendig sein kann, mit einer bürgerlichen Partei zusammenzugehen zur Erreichung eines Klassenziels, hat schon Bebel 1899 klar und deutlich ausgesprochen. Auch 1900 wurde es auf dem Parteitag wiederholt. Das darf keine Frage der Grundzüge, sondern eine solche der Taktik sein. (Zuruf: Vor Tische las man's bei uns anders!) Die Partei ist durch die Verhältnisse auf diesen Weg gedrängt worden, ob das nun jemandem gefällt oder nicht! (Bewegung.) Wir müssen es uns wohl überlegen, Wirth zu hören, wenn nachher eine Regierung droht. (Sehr richtig!) Darum müßten wir die Regierung Wirth oft bemerkt stehen. (Hört! Hört! bei der Opposition.) Die Manieren zwischen uns und den kommunistischen Arbeitern werden nur von besabiten Subjekten angschrieben, die ihre Seligkeit für Sozialtrübel verkaufen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. Dr. Rosenfeld: Front gegen links!) Nein, das ist keine Front gegen links, denn die Moskauer sind reaktionär. (Sehr richtig!) Die Einigung in Deutschland muß das alte Wort wahr machen: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Stürmischer Beifall.)

Darauf erhielt das Wort der Gegenreferent Ledebour: Die uns jetzt zugemutete Vereinigung ist mit der Vergangenheit der Partei nicht vereinbar. Sie ist der Untergrund der U. S. P. Der jetzt vorgelegte Entwurf ist nicht revolutionär. Allerdings komme es mehr auf Tatsachen als auf Programmen an.

In Völsing habe der Parteitag beschlossen, mit bürgerlichen Parteien anzunehmen eine Regierung erst dann zu bilden, wenn die Einigung des gesamten Proletariats im Kampfe zur Wirklichkeit geworden sei. Gegen diese vorbildlichen Beschlüsse habe man jetzt verstoßen. Der Referent stellt demgegenüber noch jetzt die Forderung der Diktatur des Proletariats auf. Redner fährt dann fort: Wenn wir auch verschmolzen werden, wollen wir die U. S. P. als Sammelpunkt aller revolutionären Elemente aufrecht erhalten.

und werden alle Arbeiterorganisationen weiter treiben zu Massenaktionen, bis aus ihnen die große revolutionäre Arbeiterklasse geworden ist. (Vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen.)

In der Nachmittagsitzung wurde die Diskussion fortgesetzt. Dikmann-Stuttgart hat die vier Unversöhnlichen, noch einmal, zu prüfen, ob sie nicht doch die Verschmelzung mitmachen könnten. Jeder, der nicht mitgehe, erwidere die Durchschingung der sozialistischen Prinzipien in der geeinigten Partei. Der Redner bedauerte unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung, daß Crispian die bisherige Politik der Partei völlig preisgebe und gesagt habe, die U. S. P. habe doch nur die Politik der S. P. D. machen können. Redner verlangt strikte Politik, damit man die Indifferenzen und schließlich auch die Kommunisten an sich ziehen könne. Die ganzen Ausführungen Dikmanns wurden immer wieder von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Rußell, Berlin, stimmte Dikmann zu. Er sehe in der Verschmelzung ein Verhängnis der U. S. P. D. und bedauere das D. Jug-Tempo. Inzwischen ist eine Resolution eingekommen, unterschrieben von Dikmann und 11 anderen Delegierten.

Darin wird erklärt, die organische Verschmelzung bedeute die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen sich die U. S. P. D. habe leiten lassen. Weiter wird betont, daß die Koalitionspolitik, wie sie bisher betrieben worden ist, am meisten die Einigung behindert, dem Proletariat geschadet und viele Enttäuschungen gebracht habe. Um geringere Vorteile willen seien dauernd die Interessen des Proletariats in Gefahr gebracht worden. Es wird erklärt, daß die Delegierten auch in Zukunft in der Frage der Koalition im Sinne des Leipziger Manifestes und im Geiste der Beschlüsse des Parteitages vom Januar dieses Jahres wirken werden. — Frau Toni Sender sprach ihre großen Bedenken aus nicht gegen den Zeitpunkt, wohl aber gegen die Art der Verschmelzung. Wir wollten die Einigung durch gemeinsame Aktion, und das war möglich durch Reichstagsauflösung. Rednerin empfiehlt die Resolution Dikmann.

Rosenfeld, mit Unruhe begrüßt, führte aus, daß sich schon die U. S. P. D. nicht einig sei. Wie viel größer würden die Gegenstände erst nach der Einigung sein. Dies sei eine Schwächung des revolutionären Proletariats. Die Resolution Dikmann begrüßt der Redner. Man habe genug Zeit, die Frage der Koalitionspolitik auf dem Parteitag durch eine Debatte zu klären. — Ab. Dr. Breitscheid lehnt es ab, sich durch die Zwirnsfäden eines Beschlusses zu werden. Wir sind stolz auf unsere politische Haltung in den letzten Jahren und verlieren nichts. Wir geben nichts davon auf. (Beifall.) Glaubst Ledebour als Seitenfahrer den revolutionären Einfluss auf die Massen zu gewinnen, den leider die große U. S. P. aus verschiedenen Gründen nicht hat ausüben können? (Sehr richtig!) Mit Agitationsphrasen wird im nächsten Winter kein einziger Proletarier laut werden. (Sehr wahr!) Einnes frebt nach dem Anmesekranz, die Verhandlung mit Frankreich anzuhandeln zu haben. Das muß das Proletariat verhindern. In dieser schweren Situation ist die Einigung der proletarischen Massen eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn die U. S. P. jetzt wirklich hier, kein sie wie der Vogel Phoenix neugeboren aus der Asche. (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Geschäftsordnungs-Ausprache wurde ein Schlufantrag angenommen.

Die sächsische Regierung und die Zwickauer Unruhen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Sept. Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Wirth u. Gen. über die Zwickauer Vorgänge am 4. Juli und folgende Tage hat der Reichsminister des Inneren Röcker auf Grund eines ihm von der sächsischen Regierung zugehenden eingehenden Berichtes des Polizeicommandanten Zwickau eine ausführliche schriftliche Antwort erteilt, die zu folgendem Schlusse kommt: Wenngeachtet es zu bedauern ist, daß nach dem Zusammenbruch der sächsischen Machtmittel seitens der Zwickauer Behörden die Hilfe eines spontan gebildeten Aktionsausschusses (der Ausschuss war von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zusammen gebildet worden) in Anspruch genommen werden mußte, kann doch der sächsischen Regierung hieraus ein Vorteil nicht gemacht werden. Eine Verfassungswidrigkeit würde nur dann vorgelegen haben, wenn trotz der Möglichkeit des Einflusses ausreichender staatlicher Ordnungsorgane hiervon kein Gebrauch gemacht und der Aktionsausschuss an deren Stelle gesetzt worden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Staatliche Machtmittel standen nicht mehr und vor allem nicht rechtzeitig und in ausreichendem Maße zur Verfügung. Ein Einsehen der noch vorhande-

Der Reichsjustizminister auf dem S.-P.-D. Parteitage.

Augsburg, 22. Sept. Abg. Saenger-München sprach zunächst über die Justizreform. Im einzelnen wird folgende gefordert: Wegfall des umfassenden Besetzung des Arbeitsrechtes, Einrichtung eines den ordentlichen Gerichten als staatliches Sondergericht angegliederten Arbeitsgerichtes, Heranziehung von Laien auch in den höheren Instanzen der ordentlichen Gerichte, Erhöhung des Mieterschutzes, Gleichstellung von Mann und Frau im Rechtsleben, Erweiterung des Erbrechtes zugunsten der Gesamtheit, Reform des Strafprozedurs in dem Sinne, daß der Angeklagte eine dem Staatsanwalt vollkommen gleiche Stellung erhält, und daß der Richter nur zur urteilenden Tätigkeit in der Hauptverhandlung berufen wird. Schließlich wird die Ergänzung der Richterschaft durch Angehörige der unteren sozialen Klassen gefordert. Der Richter sollte nicht mit Selbstüberhebung jede sachliche Kritik zurückweisen. Die Richterschaft müßte durch die besten Köpfe der deutschen Anwaltschaft ergänzt werden. Die Justizreform sollte in enger Fühlung mit unserem österröchlischen Bruderlande erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch

stimmte im wesentlichen dem Referenten zu. Das wichtigste sei die Reform des Strafprozedursverfahrens in dreifacher Richtung: 1. Berufung gegen Strafkammerurteile, 2. Laienbeteiligung auch in höherer Instanz. Ferner 3. Schaffung rechtlicher Garantien dafür, daß aus allen Volkskreisen Laien auf die Richterschaft gelangen. Das Gesetz über diese Neuordnung müßte schnell verabschiedet werden, denn die bayerische Regierung hat bereits zugestimmt, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Volksgerichte verschwinden werden. Ferner sind zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuches gekommen, und zwar unter Beteiligung Deutschösterreichs. Es bestehen die besten Aussichten, daß wir als ersten Schritt zur deutschösterreichischen Rechtsangleichung ein gemeinsames deutschösterreichisches Strafgesetzbuch machen werden. Verschwinden werden in dem Entwurfe, der noch dem Kabinett vorliegt, die Ehrenstrafen, die Zuchthausstrafe und die Todesstrafe. (Erneuter Beifall.) Weiter sind darin vorgesehen, erhebliche Strafrechts für das Duell und Beseitigung des Standesstrafrechts für das Duell. Gleichzeitig muß ein neues Strafvollzugsgefetz verabschiedet werden. Weiter wollen wir durchführen ein Erleichterung der Ehecheidung, eine Neuordnung des Rechts der unehelichen Kinder, das unbegrenzte Verwaltungsverrecht so eingeschränkt werden. Ferner ist geplant die Einführung des obligatorischen Güterverfahrens unter Beteiligung der Arbeitersekretariate. Eine der wichtigsten Aufgabe ist die Schaffung der neuen Arbeitsgerichte. Die Arbeitsgerichte sollen alle Vorgänge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte behalten. Sie brauchen nicht mit Berufsrichtern besetzt zu werden, sondern dort können auch Persönlichkeiten Richter werden, die sich in Schlichtungsausschüssen und ähnlichen Einrichtungen bewährt haben. Das dem Reichstag vorliegende Mieterschutzgesetz ist ein erheblicher Fortschritt im Interesse der Mieter. Die Kündigung wird an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und kann nur auf dem Klagenwege durchgeföhrt werden. Minister Radbruch schloß die Ausführungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß diese wichtigen Gesetzesvorlagen durch Selbstdisziplin der Abgeordneten rechtzeitig zur Verabschiedung gelangen sollen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch

In der weiteren Aussprache über die Justizreform protestierte Großsch-Dresden gegen die Zustände in der bayerischen Strafanstalt Nieder-Schönenfeld, wo Toller und die übrigen Führer aus der Rätezeit sitzen und wie die Zuchthändler behandelt werden. Ein Schlufantrag wird angenommen.

Profesor Dr. Groschmann erstattet hierauf den Bericht der in Berlin gewählten Kommission für das Gesundheitsprogramm.

Zur Einfügung in das Parteiprogramm stellt die Kommission folgende Forderungen auf: Liebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb, Vereinigung des Sozialversicherungswesens und Ausdehnung auf alle Volksgeschädigten, Ausbau der Krankenanstalten, Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegersonnals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Die Forderungen der Kommission werden angenommen.

Wels gibt dann das Ergebnis der Vorstandswahl bekannt. Fast einstimmig sind Hermann Müller und Wels zu Parteivorstehenden gewählt worden. In der Kontrollkommission ist u. a. Reichstagspräsident Voeb gewählt worden. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt. In seinem Schlusswort erklärt Wels, die Partei könne mit Verliebtheit auf diese Tagung zurückblicken. In den Debatten habe sich das hohe Verantwortungsgefühl der sächsischen Partei Deutschlands gezeigt. Der Höhepunkt des Parteitages war die einmütige Fortführung nach Schup der Republik. In Augsburg ist die sozialistische Einigung einstimmig beschlossen worden. Große gewaltige Aufgaben hat die geeinigte Sozialdemokratie als Ettebar der deutschen Arbeiterkraft zu erfüllen. Der Kapitalismus ist stärker denn je, und wir stehen vor einer neuen Ära des Kapitalismus. Wir müssen den Kampf gegen diese Macht ohne Ausflüssen mit genauer Abwägung aller unserer nationalen und internationalen Kräfte führen. Vor uns steht ein Winter der Not. Er ist die härteste Belastungsprobe für unser Volk, unseren Staat und unsere Partei. Wir werden fest sein müssen, um das alles zu überleben. Wir werden den Besitzenden unerbitlich die Volkssolidarität entgegenstellen müssen. Denn es wäre unerträglich, wenn der eine schwelgt, aber der andere hungert und der Schwelger sich dann noch als auter Denker aufspielen kann. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, gehört die Welt. Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, die Völker doch einstmal befreundete Sozialdemokratie. Hohe durchbrauchen den Saal und mit dem gemeinsamen Gelänge des Sozialismus, das nam der Parteitags sein Ende.

Kein Volksbegehren in Thüringen.

Gera, 22. Sept. Die bürgerlichen Parteien des Thüringer Landtags einteten sich dahin, daß vorläufig von der Ausführung des Planes der Verberföhung eines Volksentwurfes zur Auflösung des Landtages Abstand genommen werden soll. Die Einberufung des Landtags soll noch für Oktober verlangt werden.

Haftentlassung Dr. Steins.

Berlin, 22. Sept. Der Staatsgerichtshof in Völsing hat heute den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Steins auf Cura Saales ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Dr. Steins ist heute nachmittags aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entlassen worden.

Kein Volksbegehren in Thüringen.

Gera, 22. Sept. Die bürgerlichen Parteien des Thüringer Landtags einteten sich dahin, daß vorläufig von der Ausführung des Planes der Verberföhung eines Volksentwurfes zur Auflösung des Landtages Abstand genommen werden soll. Die Einberufung des Landtags soll noch für Oktober verlangt werden.

Haftentlassung Dr. Steins.

Berlin, 22. Sept. Der Staatsgerichtshof in Völsing hat heute den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Steins auf Cura Saales ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Dr. Steins ist heute nachmittags aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entlassen worden.

Kein Volksbegehren in Thüringen.

Gera, 22. Sept. Die bürgerlichen Parteien des Thüringer Landtags einteten sich dahin, daß vorläufig von der Ausführung des Planes der Verberföhung eines Volksentwurfes zur Auflösung des Landtages Abstand genommen werden soll. Die Einberufung des Landtags soll noch für Oktober verlangt werden.

Haftentlassung Dr. Steins.

Berlin, 22. Sept. Der Staatsgerichtshof in Völsing hat heute den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Steins auf Cura Saales ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Dr. Steins ist heute nachmittags aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entlassen worden.

Die Erntenzorgen des deutschen Volkes für den Winter.

Warnende Worte des Reichsfinanzministers an das Ausland.

Paris, 22. Sept. Reichsfinanzminister Dr. Hermes genötigt einem Vertreter der „Chicago Tribune“ eine Unterredung, in deren Verlauf er äußerte: Bei aller Bestätigung der konstanten Verhandlungsart der belgischen Delegierten und bei aller Anerkennung der weitläufigen geschäftlichen Transaktion der Bank von England mit der Reichsbank müßte er doch vor Illusionen bezüglich der Lage Deutschlands warnen. Die verlangte kleine Kompasse war ein Gebot dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit. Deutschlands Leistungsfähigkeit sei bei allem guten Willen erspürbar. Er müsse offen sagen, daß er den nächsten Monaten mit ernstlicher Sorge entgegenlehe. Die Folgen der übertriebenen Reparationsleistungen in unserer Volkswirtschaft hätten sich in den letzten Wochen und Monaten immer stärker gezeigt. Die Preise des notwendigen Lebensbedarfs seien in einer Weise im Steigen begriffen, daß immer weitere Volksmassen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht wären. Die Sicherstellung ausreichender Ernährung, Heizung und Kleidung sei ein Problem, das in den kommenden Wintermonaten die Regierung vor neue schwierige Aufgaben stellen werde. Auch die Arbeit der Industrie nehme beunruhigende Formen an. Er sei durchaus kein Freund des Schwarzmarktes, aber wenn die Hilfe des Auslandes, die nach seiner festen Überzeugung nicht zuletzt in dessen eigenem Interesse liege, wirksam sein solle, so müsse sie bald kommen, die Zeit dränge.

Einzelhandel und Wiederbeschaffungspreis.

Berlin, 21. Sept. Am 21. d. M. hat die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels als Spitzenorganisation der Reichsfachverbände, der Landes- und Provinzialverbände, der Reichswirtschaftsverbände und der Arbeitgeberverbände des Einzelhandels eine aus allen Teilen Deutschlands berufene Ausschusssitzung abgehalten. In ihr hat sich die Erregung des deutschen Einzelhandels über die Handhabung der Preisstrebereivereinbarung entspannt. Nach langen Verhandlungen gelang es, eine Entschließung zur einheitlichen Annahme zu bringen, nach der für den Einzelhandel als wesentlicher Faktor der Volkswirtschaft die Erhaltung der Substanz seiner Betriebsmittel eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der durch marktähnliche Angebote zweifelsfrei feststellende Wiederbeschaffungspreis muß die Grundlage des Verkaufspreises bilden. Der Ausschuss hat sich auch mit der

Erhöhung des Steuerzuschlags für die Beamten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 22. Sept. Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über die Regelung der Bezüge der Beamten und Angestellten wurden heute vormittag am Ende geführt. Mit Wirkung vom 1. September ab werden die allgemeinen Steuerzuschläge für die ersten 10 000 M. auf 77 Prozent für den Rest und für die Einkünfte auf 675 Prozent erhöht. Das Reichsfiskus hat bereits der neuen Hebesetzung der Steuerzuschläge für die Beamten zugestimmt. Die Steuerregelung wird nun sofort dem Reichsrat und dem zuständigen Reichstagsausschusse unterbreitet werden. Nach deren Zustimmung wird die Auszahlung umgehend eingeleitet. Die Verhandlungen über die Regelung der Arbeiterlöhne werden heute fortgesetzt werden. In der kommenden Woche werden im Reichsfinanzministerium Beratungen mit den Spitzenverbänden über die Regelung der Grundgehälter und der Ortszuschläge der Beamten und Angestellten mit Wirkung vom 1. Oktober ab stattfinden.

Genehmigung im Reichstagsauschuss.

Berlin, 22. Sept. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages beschloß heute mit dem Ergebnis der Verhandlungen, das zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen der Beamten bezüglich der Erhöhung der Steuerzuschläge zustande gekommen ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung bewieselte der Vorsitzende Abg. Dr. Rühl (D. Sp.) prinzipiell die Zuständigkeit des Ueberwachungsausschusses für die Behandlung einer Erhöhung der Steuerzuschläge; es liege aber eine unbedingte Notwendigkeit vor, die Erledigung durch formale Bedenken nicht zu verzögern. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums berichtete ausführlich über die Verhandlungen und teilte mit, daß zur möglichen Beschleunigung der Auszahlung der Beiträge an Beamte, Angestellte und Arbeiter vom 1. Oktober d. J. ab vom Reichsfinanzministerium ein Reichsbescheid in Kraft herausgegeben werde, daß bei allen Forderungen bezogen werden könne, und somit sämtliche interessierten Dienststellen in die Lage versetzt, die Mehrbeträge auszusahlen. Der Ausschuss erklärte sich damit einverstanden, daß schon jetzt die Zahlungen an die Beamten erfolgen können.

Das redende Bild.

Bast seit der Geburt des Films ringen künstlerischer Ehrgeiz und technische Gräuerei um die Lösung des Problems der sprechenden Lichtbilder. Oft und oft wurde diese Erfindung als gelungen in die Welt hinausposaunt, stets aber erwies sich das Problem als unverträglich. Kein Gelehrter als Edison hat sich an dieses Problem gemacht, der Erfolg, den er mit seinem „Kinetophon“, einer Kombination von Phonograph und Kinematograph, fand, war ein matter; denn all diesen Versuchen, auch den Edison's, fehlte zum letzten Gelingen die vollkommene Gleichmäßigkeit von Ton und Gebärde. Der Synchronismus ließ sich nicht erzwingen, und das Nachhinken des Geräusches hinter der Bewegung wirkte lächerlich und lächerlich. Auch die Filmopermanier, die hinter der Leinwand wirkliche Menschen zu den Schermen zwingen ließ, trankte an dem gleichen Mangel. Nun scheint diese Frage endgültig und glücklich gelöst. Allerdings auf anderem Wege. So schön das Klingeln mag, der Ton wird photographiert. Der Metallstreifen trägt nicht nur das Bild sondern auch das Geräusch vor einem lichtempfindlichen Stoff, so wird jetzt gleichzeitig der Ton von einem schallempfindlichen Metall, von Selen, aufgefangen. Ueber sie mit Hilfe einer für die Aufnahme der Sprache ganz neuen photographischen Methode erzielte neue Erfindung der Technik, die dem Film neue Wege weist, berichtet die „Tägliche Rundschau“:

Dogt, Engl und Majolle haben in zweijähriger hervorragender Arbeit die Erfindung der modernen Elektronik, die uns als bekanntestes Kind die Verstärkeröhre schenkte, angewandt. Die Schallwellen werden durch photographiert, gleichzeitig mit den Bewegungen. Neben dem Objektiv des Aufnahmeapparates steht ein Spiegel, der die ankommenden Schallwellen auf einen stehenden Draht konzentriert, welcher unter ihrem Einfluß seine elektrische Leitfähigkeit ändert (so wenigstens muß man die reichlich geheimnisvollen Erklärungen der Erfinder denken). Auf diesem Wege werden die Schallwellen in elektrische Schwingungen verwandelt, ohne irgendeine Membrane. Verstärkeröhren sorgen für Verhärterung der winzig kleinen Unterschiede, die sich dann in einer elektrischen Lampe in Lichtschwingungen darstellen. Diese werden auf dem Filmband in schmalen Streifen neben dem Bilde photographiert. Da die Uebertragung augenblicklich geschieht, so kann eine Verschiebung nicht eintreten. Bei der Wiedergabe werden dann die auf dem Bilde befindlichen Lichtschwingungen, die den Schallwellen entsprechen, durchgeleitet. Dadurch wird wiederum ein

Frage nach der Zweckmäßigkeit des öffentlichen-rechtlichen Charakters seiner Berufsorganisationen befaßt und weiterhin mit der Finanzierung in Auslands-währung. (W. T. B.)

Beschlüsse des Reichsrats.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Sept. Der Reichsrat nahm heute einen Antrag der sächsischen Regierung an, nach dem für die Hausarbeit in der Vorkameralindustrie des sächsischen Erzgebirges ein besonderer Nachausgleich errichtet werden soll. Der Reichsrat stimmte weiter einer Verordnung zu, wonach die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung um 50 Prozent bei denjenigen Unfallrentnern, die noch bis zur Hälfte erwerbsfähig sind, und bei den übrigen um 100 Prozent festgesetzt werden wird. Angenommen wurde auch die Verordnung über Erhöhung der Unterhaltungen für Wochenhülle und Wochenfürsorge. Die Priorität wurde einem Wunsch der Geschäftsleute ent-sprochen und dahin geändert, daß der Kostenbeitrag für Postaufträge und für Postnahmen auf 80 000 M. und im Postkreditverkehr auf 50 000 M. festgesetzt wurde. Zugleich wurde der Reichspostminister ermächtigt, im Bedarfsfalle ohne weiteres von sich aus eine Erhöhung dieser Sätze vorzunehmen. Ferner erklärte sich der Reichsrat einverstanden mit der Erhöhung der Dienstauswandsentschädigungen für Reichsbeamte und der Ministerialzulagen. Danach sollen u. a. mit Wirkung vom 1. August ab die Ministerialzulagen erhöht werden, für den Reichsminister auf 350 000 M., für die Reichsminister auf 70 000 M., die Dienstauswandsentschädigung für den Präsidenten des Reichsgerichts auf 40 000 M., für den Präsidenten des Finanzgerichtshofes auf 50 000 M. usw. Der Reichsrat nahm sodann noch neue Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz, insbesondere zur Umsatzsteuer an. Im Interesse des deutschen Handwerks ist eine beträchtliche Befreiung von der Umsatzsteuer vorgenommen worden. So sind Verfeinerungsarbeiten jetzt nicht mehr maßgebend für die Umsatzsteuerpflicht. Die eigentlichen Verbrauchsgüter sind fast durchweg freigelassen und bei Metallen, keramischen Waren, Textil- und Holzwaren nur die Schmudgegenstände der Umsatzsteuer unterworfen. Für Gegenstände der Malerei und Plastik ist das Künstlerprivileg erweitert worden, für Gegenstände der Graphik wurde die Steuerpflicht auf Erzeugnisse der Vorzugsgraphik beschränkt. Bei der Plastik wurde die Zahl der Abgüsse, die vom Künstler steuerfrei geliefert werden dürfen, von 5 auf 10 erhöht.

Erhöhung der Löhne der Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 22. Sept. Nach einer Korrespondenzmeldung werden infolge der Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung auch die Löhne der Berliner städtischen Arbeiter um 23 Mark pro Stunde erhöht werden, so daß sie 77 bis 80 Mark erreichen. (W. T. B.)

Der Bischofstitel in Preußen abgelehnt.

Berlin, 21. Sept. Nachdem die Kirchenversammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Bischofsfrage behandelt hatte, erfolgte die Abstimmung. Die allgemeine Einführung des Bischofstitels wurde mit 11 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Auch die Besuche, wenigstens für einzelne Provinzialkirchen den Bischofstitel zu ermöglichen, wurden mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt, schließlich aber der Vermittlungsantrag des Präsidenten des Oberkirchenrats angenommen, wonach Änderungen der Amtsbezeichnungen und im besonderen die Einführung des Bischofstitels eines Kirchenorgans bedürfen.

Die Entenleerwiderung auf das Kaiserbuch.

Asquith und Viviani in Fälschung. Berlin, 22. Sept. Wie aus diplomatischer Quelle mitgeteilt wird, arbeitet nicht nur Viviani, sondern auch der ehemalige englische Ministerpräsident Asquith an einer Verantwortung des Kaiserbuches. Er ist von Mac Clure, der die Memoiren Wilhelms II. erworben hat, aufgefordert worden, diese Antwort zu verfassen, die gleichzeitig mit den Memoiren des Kaisers erscheinen soll.

Die Wiedervermählung des Kaisers.

Berlin, 22. Sept. Die „Dena“ berichtet, daß Kaiser Wilhelm seine bevorstehende Wiedervermählung auch den holländischen Behörden offiziell angekündigt habe, und zwar in einem Schreiben an den Bürgermeister von Doorn und an den Gouverneur der Provinz Utrecht. Prinz August Wilhelm sei aus Berlin in Doorn eingetroffen und habe die zur Heirat erforderlichen Dokumente mitgebracht. Die Hochzeit selbst werde in aller Stille im November in Doorn begangen werden. Die Trauungszeremonie finde in der Kapelle von Doorn statt. Auch der Kronprinz habe sich entschlossen, der Hochzeitsfeier beizuwohnen.

Sichtenden hervorgerufen, das in einer Photogelle, ohne Selen, in elektrischer Schwingung verwandelt wird, die nunmehr in bekannter Weise die Membran eines besonders konstruierten lautsprechenden Telefons bewegen, das unterhalb der Leinwand eingebaut ist.

Dieser Membrane, d. h. dem Wiedergabeteil, dürften wohl die kleinen akustischen Störungen zuzuschreiben sein, die ab und zu, offenbar durch Resonanz oder Interferenzen, auftreten, die aber nicht häufiger waren als die auch beim üblichen üblichen Störungen, Rattern und Fledern, die heute noch im Filmtheater auftreten und die wir uns dort längst gewöhnt haben. Man kann also sagen, daß die akustische Wiedergabe heute schon fast auf gleicher Höhe steht wie die optische Wiedergabe in einem guten Film.

So wurde nach den neuesten Erfahrungen von den Tönen und Elektronen dieses Problem gelöst. Gestillt! Denn die absolute Gleichmäßigkeit vom Bild und Ton ist durch dieses System gewährleistet. In der Berliner „Alhambra“ hatte man Gelegenheit, sich von der Wirkung der Erfindung zu überzeugen. Die menschliche Sprechstimme, die Klangstimme mit dem Klarer der Soloratur, allerlei Instrumente, so Cello, Geige, Klarinette, Flöte, Trompete, Drehorgel, Klopophon, dramatische Werke, — man zeigte eine Szene aus Hetermans „Brandstifter“, — dann eine Tangeinsage, Tierstimmen, alles das wurde vorgeführt, und immer war man von der absoluten Gleichmäßigkeit von Bild und Ton entzückt. Gewiß, hier sind noch viele Verbesserungen nötig, auch klingt nicht jedes Instrument gleich rein; am besten hörten sich Cello, dann die Holzblasinstrumente und das Klopophon an, während das Klavier einen klammernden Eindruck annimmt. Auch die menschliche Stimme klingt belegt, die Rückschlüsse ver-fämmern; aber das Grundverhältnis ist jedenfalls gelöst.

Der hohe Architekt dieser Erfindung ist klar. Ermöglicht sie doch gleichsam die tonfilmhafte Ein-darstellung eines Menschen auf Tausenderte. Einer praktischen künstlerischen Bedeutung des Bild-ton-films möchte man nach der Probe freilich keine reichen Aussichten stellen. Wie immer aber, hier ist der Technik ein ganz großer Wurf gelungen.

Kunst und Wissenschaft.

+ Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Die verkaufte Braut“ (38); Schauspielhaus: „Improvisationen im Juni“ (38); Residenz-Theater: „Die Räuber von Davos“ (38).

Verflisches und Sächsisches.

Die Berufsorganisation des sächsischen Mittelhandes gegen weitere Parteilagerplünderung.

Die aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks nahm zur Frage der Bildung einer eigenen Mittelhandspartei und der Aufstellung von Sonderlisten zur kommenden Landtagswahl folgende Entschliessung an:

Die Mitgliederversammlung vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks lehnt für die kommende Landtagswahl die Bildung und Unterstützung einer eigenen Mittelhandspartei einstimmig ab und erachtet es als einen Frevel in der heutigen schweren Zeit, die Stofkraft des Gesamthandwerks durch die Zerstückelung in den eigenen Reihen zu schwächen. Die Mitglieder-versammlung fordert das sächsische Gesamthandwerk auf, diesen Bestrebungen keine Gefolgschaft zu leisten. Einstimmig und ganz entschieden lehnt aber das sächsische Handwerk die Einmischung Berliner Kreise in sächsische Verhältnisse ab. Das Handwerk wird aufgefordert, den im Einvernehmen mit dem Landesauschuss aufgestellten Handwertvertretern bei den bürgerlichen Parteien ihre Stimme zu geben.

Vertreter des Kleinhandels, des Hausbesitzes und Gast-wirtschafts erklärten ihre vollste Zustimmung zu diesem Beschluß.

Die Zahlungsmittelnot.

Trotz der verschiedenen Maßnahmen, die die hiesigen Banken zur Behebung der großen Zahlungsmittelnot bisher getroffen haben, besteht nach wie vor, besonders an den Lohnzahlungstagen ein überaus großer Bedarf an gangbaren Geldzeichen. Innerhalb weiter Kreise, namentlich der werktätigen Bevölkerung, wird deshalb den Banken und Fabrikleitungen vielfach mangelnder aufer Bille bei der Beschaffung der notwendigen Geldmittel zum Vorwurf gemacht. Um einen Ueberblick über die augenblicklichen Geldverhältnisse zu gewinnen, erschien Freitag, bei einigen hiesigen großen Kreditbanken eine Abordnung von Betriebsratsmitgliedern verschiedener großer Industrieunternehmen, die nach eingehender Aufklärung über die Ursachen der gegenwärtigen Geldknappheit und über die unausgesetzten Bemühungen aller maßgebender Faktoren um eine Abheilung bzw. Milderung des Uebelstandes sich davon überzeugte, daß den Banken und Fabrikleitungen irgendein böser Wille nicht zur Last gelegt werden könne.

Die Hauptursachen des bestens harter Geldmangel liegen, worauf wir bereits wiederholt hingewiesen haben, in dem achtungswürdigen Streik bei der Reichsdruckerei, der einen Ausfall von mehr als 20 Milliarden Papiergeldzeichen im Gefolge hatte, sowie in der sprunghaftem Steigerung aller Lebensnotwendigkeiten, die alle Welt zwingen, auf einen größeren Vorrat im Hause zu halten. Wie wir übrigens hören, hat die Reichsdruckerei einige Privatdruckereien mit dem Druck von Reichsbanknoten beauftragt, was zweifellos zu einer baldigen Behebung der gegenwärtigen Zahlungsmittelnot führen dürfte.

Wieder sächsisches Notgeld.

Zur Behebung der Zahlungsmittelnot gibt die Stadt Dresden, wie schon gemeldet, mit Genehmigung des Reichsfinanzministers Guthscheine über 500 Mark aus. Will der Ausgabe der Guthscheine wird in den nächsten Tagen begonnen. Die Guthscheine sind auf Papier hergestellt, das ein Wasserzeichen enthält. Sie sind 16 cm lang und 9,5 cm hoch. Der Text auf den Guthscheinen hat folgenden Wortlaut in nachstehender Anordnung:

Guthschein
Gültig im Bezirke der Stadt Dresden
Hundert Mark
zahlen die Banken der Stadt gegen
Ausgabe dieses Guthscheins
Dresden, den 30. September 1922
Der Rat zu Dresden Die Stadthauptstelle
Oberbürgermeister Hauptkassenleiter
Wähler Zoepfel

Die Schrift ist allenthalben schwarz.
Die Reihen und laufenden Nummern sind am unteren Rande der Guthscheine auf dem Grundmuster außerhalb der ornamentalen abschließenden Zeichnung in roter Farbe angebracht.

Di Vorderseite der Guthscheine enthält auf lichtgrünem Grunde, der fortlaufend „Hundert Mark“ in großen lateinischen Schreibbuchstaben zeigt, einen ornamentalen Rahmen in braun mit Amethystfäden. In den oberen Ecken befinden sich die Wertgröße 500, die unteren Ecken enthalten die hochvergrösserten Stempel des Rates und der Stadthauptkasse. Das Mittelstück wird eingenommen von einer länglichen, die Zahl 500 enthaltenden, beiderseitig spitz zulaufenden ovalen Figur in dunklerem Grün.

Die Rückseite der Guthscheine zeigt auf helltem gelben Grunde in ornamentalem Rahmen die Silhouette der Stadt Dresden und das Stadtwappen und daneben, quer zum

+ Wochenspielplan der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonntag (24.): „Die Walküre“ (14% bis nach 8%), Montag: „Die lustigen Weiber von Windsor“ (7 bis 9%), Dienstag: „Carmen“ (7 bis gegen 10%), Mittwoch: „Die tote Stadt“ (7% bis nach 10), Donnerstag: „Dibella“ (7 bis nach 10), Freitag: „Madame Butterfly“, (7% bis 10), Sonnabend: „Dibella“ (7 bis nach 10), Sonntag (1. Okt.): „Fidelio“ (7% bis 10), Montag: „Dreizehn und Curdite“ (7% bis nach 9%).

Schauspielhaus: Sonntag (24.): „Salomo“ (7% bis nach 10), Montag: „Schneider Wibbel“ (7% bis nach 10), Dienstag: „Wilhelm Tell“ (7 bis 10), Mittwoch: „Improvisationen im Juni“ (7% bis 9%), Donnerstag: „Für die Sonnabend-Abonnement des 30. September: „Schul und Jaur“ (7% bis 10%), Freitag: „Zweimal zwei ist fünf“ (7% bis nach 10), Sonnabend: „Anker Abonnement, zum ersten Male: „Hans von Guttenberg“ (7%), Sonntag (1. Okt.): „Improvisationen im Juni“ (7% bis 9%), Montag: „Gyges und sein Ring“ (7 bis 10).

+ Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonntag, den 24. September (24.) „Die Walküre“ mit Bogelhorn (Siegmund), Pfeiffer (Gunding), Burg (Wotan), Elisabeth Methner (Zielinde), Johanna Delfe (Brünnhilde, zum erstenmal), Irma Teruani (Fricka). Musikalische Leitung: Rauschbach, Spielleitung: Foller. Während des Vorspiels bleiben die Türen zum Zuschauer-raum geschlossen!

+ Spielplan des Residenz-Theaters Schauspielhaus vom 24. Sept. bis 2. Okt. Sonntag (24.): „Die Fahrt ins Blaue“ (Wahnenvolksb. 601-600); Montag: „Stella“ (Wahnenvolksb. 701-700); Dienstag: „Liebeli“ (Wahnenvolksb. 12 201-12 701); Mittwoch: „Die Fahrt ins Blaue“ (Wahnenvolksb. 12 701-12 600); Donnerstag bis Sonnabend: Schauspiel des Stadt. Schauspielhauses Perzia: „Caesar und Cleopatra“; Sonntag (1.) nachm.: „Stella“ (Wahnenvolksb. 701-800); abends: „Die Fahrt ins Blaue“ (Wahnenvolksb. 601-800); Montag: „Liebeli“ (Wahnenvolksb. 801-12501).

+ Schauspiel des Leipziger Städtlichen Schauspielhauses vom 24. Sept. bis 2. Oktober. Donnerstag, Freitag und Sonnabend der nächsten Woche gibt das Leipziger Städtliche Schauspiel unter Leitung seines Direktors Dr. Alwin Kroschke ein dreimaliges Schauspiel mit der in Dresden noch nicht aufgeführten historischen Komödie „Caesar und Cleopatra“ von Bernard Shaw. Karten im Vorverkauf an der Theaterkassa von 10 bis 9 Uhr und ab 5 Uhr, sowie im Invalidentank und Reichens-Rathaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

+ Spielplan des Residenz-Theaters vom 24. September bis 2. Oktober: Sonntag (24.) nachm.: „Die Räuber von Davos“, abends: „Die Räuber von Davos“, Montag: „Die Räuber von Davos“, (zum letzten Male). Ab Dienstag allabendlich: „Der Sycorax“, Sonntag (1. Okt.) nachm.: „Die Räuber von Davos“.

Druck des Hauptteils gestellt, links die Straßendrohung für Raubabnahme und Verklärung und rechts den Vermerk über die Gütlichkeitsdauer. Links und rechts unten ist die Wertliste angegeben. Die Rückseite der Gutscheine enthält außerdem einen äußeren Rand in grauer Schattierung.

Zur Umlaufung des Amalienplatzes in Rathenauplatz.

Aus unserem Reisekreise erhalten wir die folgende Nachricht:
Die Stadtverordneten-Sitzung vom 14. September hat sich mit der Benennung eines Platzes oder einer Straße nach Walter Rathenau und der Umbenennung der nach Angehörigen registrierender Häuser benannten Straßen befaßt. Da es es vielleicht nicht uninteressant zu erfahren, wie ein Volksgenosse Rathenaus, der als Parlamentarier in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hervorgetretene Ludwig Bambergler über solche Umlaufungen dachte, Bambergler lebte als politischer Flüchtling, nachdem er von den Preußen in Zweibrücken im Jahre 1862 zum Tode verurteilt war, von 1868 bis 1880 in Paris. In seinen von Paul Raiban herausgegebenen Erinnerungen findet man auf Seite 77 folgende Stelle: „Die meisten Häuser in Paris, an welche meine alten Erinnerungen anknüpfen, indragriffs meine eigene Wohnung in der Chaussee d'Antin sind verschwunden. Teils haben die gewaltigen Niederlegungen alter Gebäudekomplexe, teils die von der Politik diktierten Umlaufungen einen großen Teil der alten Reminiscenzen weggewischt. Die Liebhaber, alte historische Namen durch neuere und damit gewissermaßen die Ideen der Vergangenheit durch die der Gegenwart zu verdrängen, ist ein eigentümlicher Zug französischer Hochkultur. Am meisten tut sie sich gütlich in den fortwährenden Umlaufungen der öffentlichen Schulen, welche mit jedem neuen politischen Regiment die Namen wechseln. So wurden Ludwig XIV. und Napoleon I. häufig aus der französischen Geschichte herausgerissen. Die Niederwerfung der Vendôme-Säule gehört in denselben Gedankengang. Diese Liebhaber, welche nach dem Sturz des zweiten Kaiserreichs zur Rache ward und sogar eine Zeitlang drohte, der Rue Bonaparte einen anderen Namen zu geben, gleichsam um das Andenken der ganzen Dynastie aus der Welt zu schaffen, ist eben der beste Ausdruck eines Nationalismus, der immer alles wieder von vorn anfängt und darum nur auf einen Grund baut, der stets in Bewegung bleibt. Man braucht kein Romantiker zu sein, um die Mängel dieses unhistorischen Weltes zu beklagen. Unter den ausserlebensdenkenden Frankreichs waren längst viele dieser Ansicht. — Soweit Bambergler. Diejenigen, welche die Umbenennung des alten historischen Namens „Amalienplatz“ in Rathenauplatz beschlossen haben, rechnen Rathenau sichtlich zu den ausserlebensdenkenden Deutschlands. Sollte man da von ihm nicht annehmen dürfen, daß er sich hinsichtlich der von der Politik diktierten Umlaufungen von Straßen der Ansicht seines französischen Volksgenossen Bambergler anschließen und sich keineswegs mit der Umbenennung des Amalienplatzes in Rathenauplatz einverstanden erklären würde.“

Bezirksauschuß Dresden-Altstadt.

In einer Sitzung des Bezirksauschusses Dresden-Altstadt am Freitag vormittag wurden u. a. genehmigt ein Nachtrag zum Ortsgesetz für Bannewitz, der die Bildung mehrerer Wahlbezirke bei der Gemeindeverordnetenwahl ermöglicht, eine Feuerlösch-Ordnung der Gemeinde Vetschowitz (mit der Bedingung zweifacher Leitung in der Gemeindevertretung), ein Beitrag von 3000 Mark für den Krankenversicherungsbeitrag für das Gemeindegemeinschaftsamt „Rathenaustraße“ in Seifersdorf bei Rathenau zur Beschaffung von Wäsche und Decken, die Satzungen des Gemeindeverbandes für die Getreidebewirtschaftung, die Gebühren der Entschädigung für die Abholung der ungesunden und getöteten Tiere durch die Fleischmehlfabriken. Besprochen wurden u. a. die Satzung des Maschinenvereinsverbandes „Veltchowitz-Tal“, die Vereinigung der Gemeinde Zanderode mit der Stadt Freital, die Vereinigung der Gemeinden Dölitzsch und Rostitz. Abgelehnt wurde ein Ersuchen des Ministeriums des Innern und öffentlichen Unterrichts um Schaffung von Freizeitanlagen und Gewährung laufender Unterhaltungen für Schulen, die für unbedeutende Schüler höherer Lehranstalten; es wurde dabei beschlossen, einzelne Schüler aus dem Bezirk im Bedarfsfalle zu unterstützen. Abgelehnt wurde weiter die Gewährung eines Beitrages aus Bezirksmitteln zur Deckung des Reibbetrages beim Johanniter-Krankenhaus in Seidenau. Die Besprechung einer Reihe von Ortsgesetzen für Gemeinden und Gemeindeverbände über die Anstellung, Befolgung, und Rechtsverhältnisse der Beamten und Stellenanwärter führte zu einer ausführlichen Aussprache über Beamten-

besoldungen in kleineren Gemeinden überhaupt. Es wurde dabei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es nicht angeht, daß auch für die kleinen Gemeinden das Aussehen der Beamten in die höchste Befolungsklasse zu erheben. Ausführlich wurde auch die Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes besprochen. Man beschloß, zunächst die Interessenten zu hören und vorläufig die bestehende Organisation beizubehalten. Bei der Besprechung der Veränderung der Vergütung der Steuerordnungen wurde u. a. mitgeteilt, daß die Sozialversicherung gegen die geplante Höherbestimmung der Lohnverhältnisse zurückgegangen haben. Die Tarifsteuer soll verdreifacht werden. Schließlich wurde eine Verordnung des Arbeitsministeriums über Lohnsanktionen unter Berücksichtigung von Sozialrentnern besprochen und beschlossen, wieder ein Drittel des Aufwandes der Gemeinden auf den Bezirk zu übernehmen (22500 Mk.).

Tagung der deutschen Kaffeehausbesitzer.

Der Reichsverband der Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe, u. a. hielt dieser Tage (ab 14. September) den 14. außerordentlichen Verbandstag in Chemnitz ab. Am Dienstag vormittag begannen die Verhandlungen. Dem eingehenden Tätigkeitsbericht sei das Folgende entnommen: Der Verbandstag tritt diesmal unter einem unglücklichen Stern zusammen. Nicht nur wirtschaftliche Not und Bedrängnis sind es, die sich auch bei unseren Kollegen als Zeichen der Zeit bemerkbar machen, sondern vor allem ist unsere Existenz gefährdet durch allerlei Gewaltmaßnahmen von Seiten der höchsten Regierungsstellen. Als Anerkennung für die ungeheuren Steuerleistungen, die an Reichhaltigkeit von keinem Gewerbe überboten werden, sollen die Regierungen Stellen, deren Aufgabe darin besteht, das öffentliche Volkswirtschaftliche, das eine so ergiebige Steuerquelle ist, zu unterstützen, zum Verhängnis zu machen und es zu zerstören. Seit unserer letzten Tagung im März liegen alle Bedarfsgegenstände im Angebot. Diese wirtschaftliche Katastrophe hat auf den Besuch unserer Gaststätten eine Abnahme bewirkt, die als Gefährdung des Gewerbes bezeichnet werden muß. Die Regierung glaubt der Volksernährung durch einschneidende Maßnahmen dienen zu können, indem sie auf dem Verordnungswege die Schlemmerie beseitigen will. Das Gastwirts-gewerbe soll an solchen Auswüchsen scheitern. In der Verordnung wird der Begriff „Schlemmerie“ nicht umrissen, mit ihm eine Stellungnahme unmöglich gemacht. Unser Gewerbe, das gewissermaßen unter öffentlicher Kontrolle steht, hat das allergrößte Interesse, in so wirtschaftlichen Zeiten wie den gegenwärtigen, Auswüchse, die als Aufreizung dienen könnten, zu unterbinden. Die Schlemmerie, so verwerflich sie ist, ist für die Volksernährung so bedeutungsvoll. Selbst wenn die Schlemmerie rechtlos beseitigt würde, kämen, pro Kopf gerechnet, noch zwei Kartoffeln, geschweige ein Gramm Fleisch für den Ernährungsbedarf in Frage. Aus diesem Grunde muß die Verordnung als eine Schikane gegen das Gewerbe aufgefaßt werden. Will die Regierung die Nöte der Volksernährung beheben, dann solle sie dafür, daß die Zurückhaltung der Waren, insbesondere bei den Erzeugern, unterbunden wird.

Die mit Riesenschritten fortschreitende Teuerung stellt unter Gewerbe für die nächste Zeit vor schwere Aufgaben. Die verhängnisvolle Entwertung der Mark wird die Einfuhr unserer Waren verschlechtern, so daß ein enger Zusammenhang und in dieser Beziehung zur undinglichen Notwendigkeit wird. Nur ein gemeinsames Handeln und ein gemeinsamer Wille in einem machtvollen Verbande kann uns die Beachtung und die Stellung im großen öffentlichen Leben verschaffen, die unser Gewerbe als Träger und Förderer wirtschaftlicher Macht und Kultur beanspruchen kann.

Der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Röhler, Berlin, sprach über die Frage „Einheitsfront im Gastwirts-gewerbe“. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch der Reichsverband der Kaffeehausbesitzer sich als ein Glied dem Deutschen Gastwirtsverband anreihen. Nur auf diese Weise könne eine Einheitsfront der durch gemeinsames Ständebestimmte verbundenen Gastwirts-gewerbekreise geschaffen werden.

— Herbstanfang. Heute Sonnabend, den 23. September, um 9 Uhr abends, überföhrt die Sonne in ihrer scheinbaren Jahreswanderung mit ihrem Mittelpunkt wieder den Äquator, um sich während der kommenden sechs Monate über der nördlichen Hemisphäre aufzuhalten. Dieser kalendrische Beginn des Herbstes hinkt nach dem schlechten Sommer erheblich hinter den meteorologischen Verhältnissen nach und hat uns im Grunde genommen schon einen erheblichen Teil des Sommers verborben. Die oft gehörte Befürchtung, daß die Sommer auch strenger Winter folgen, ist im allgemeinen durch die Erfahrung nicht begründet; das Gegenüber ist viel häufiger der Fall, und während heißen Sommer sehr häufig kalte Winter folgen, ist den meisten milden Wintern der letzten beiden Jahrzehnte ein wenig erfreulicher Sommer vorausgegangen. Eine Ausnahme hat nur der sehr milde Winter 1910/11 gemacht, dem ein zwar ziemlich warmer, aber kurzer, schon Mitte August beendeter Sommer vorausgegangen war. Dagegen war der voran-

gegangene, fast ebenso milde Winter 1910/11 nachfolgend eines frühen und erst Anfang September kurze Zeit hindurch warmen Sommers. Ähnlich wie der diesjährige Sommer waren die von 1900 und 1910, denen beiden milde Winter folgten. Diese Ausnahmen sind also immerhin tröstlich, selbst für den Fall, daß der ganze Herbst ebenso wie sein Anfang unfreundlich verlaufen sollte, was aber noch keineswegs sicher ist.

— Durchgreifende Regelung der Bezahlungsbedingungen in Sachsen. Der Landesauschuß des sächsischen Handwerks hat in seiner aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchten Mitgliederversammlung den bemerkenswerten Beschluß gefaßt, die von den Landesfachverbänden aufgestellten Richtlinien für die Bezahlung der Bezahlung für nicht gewährte Kost und Wohnung durch die Gewerbestammern für jeden Berufsstand für reichhaltiger und billiger erklären zu lassen. Die Gewerbestammern erklärten, daß der Gewerbestammern bereits den Beschluß gefaßt habe, durch einen Nachtrag zu den Bezahlungsbedingungen der Kammer die Durchführung derartiger Nachträge der Landesfachverbände zu ermöglichen. Für das Tischlergewerbe ist die Regelung bereits beantragt.

— Gewerkschaftliche Tarifverhandlungen. Vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände wird mitgeteilt, daß die gestern, Freitag, stattgefundenen Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels und den Angestelltenverbänden gescheitert sind. Der Schlichtungsausschuß wurde angerufen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt und: Die am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen zur Regelung der September-Gehälter für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie der Stadt und Kreishauptmannschaft Dresden sind gescheitert. Der Schlichtungsausschuß ist demzufolge angerufen worden.

— Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins, Sedanstraße 10, 2. Einem großen Teil der Sonderausstellung: „Das Blut und seine Bedeutung für den menschlichen Körper“ nimmt die Ausstellung der Dresdner Sanitätskolonne vom Roten Kreuz ein. Man sieht die Ausrüstung eines solchen „Helfers in der Not“, ferner Mittel zur ersten Hilfeleistung, zum Abtransport Verunglückter, allerhand Arzneimittel, die in solchen Fällen Verwendung finden, und die für das Sanitätswesen wichtige Literatur. Die Tätigkeit der Sanitätskolonne wird weiter durch gute Bilder erläutert. Freilich, wenn auch alle diese Dinge bei der Führung eingehend erläutert werden, kann man sich immer noch keinen rechten Begriff von ihrer Verwendung machen. Deshalb wollen Mitglieder der Dresdener Sanitätskolonne heute, Sonnabend, und Mittwoch, den 27. September, nachmittags von 4 Uhr an im Schulmuseum praktisch vorführen: 1. Wiederbelebungsversuche; 2. Anlegen von Notverbanden; 3. Das Aufheben und Niederlegen Verunglückter. Sollten die Vorführungen, die zugleich als kurze Einführung in den Rettungsdienst gedacht sind, beliebt finden, werden sie später wiederholt. Der Besuch ist unentgeltlich.

— Flora. Sächsischer Gesellschaft für Botanik und Gartenbau. Die erste Monatsversammlung nach der Sommerpause, die am 20. September im „Italienischen Dörfchen“ stattfand, wurde vom ersten Vorsitzenden, Stadtgärtendirektor v. Ullrich, geleitet. Der Kurfürstensaal war mit Dahlen eigener Führung der Firma Kurt Engelhardt, Dresden-Neubau, und mit vollständigem Topfplanzen von Frau Graeßlin der Firma Gawe, Dresden-Toschwitz, prächtig geschmückt. Genossenschaftsdirektor Bösch berichtete über die Jubiläumsgartenbauausstellung in Berlin und Dekonometrat Simon über die Rosenbau in Hamburg. Daran schloß sich ein Bericht des Gartenforschers Roehnick über die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gartenbau in München-Dachau. Weiterhin sprach der Direktor der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pilsnik, Dekonometrat Schindler, über den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten, die Zusammensetzung des Lehrkörpers und über den zu erwartenden Erfolg der neuen Anstalt. Ueber den Referenten-Entwurf für einen Reichspflanzenzuchtgesetz berichtete Walter Daenhardt, der den Entwurf als für den Gartenbau ganz unbrauchbar bezeichnet, weil er auf die Eigenart des gärtnerischen Pflanzenbaues nicht die geringste Rücksicht nähme. Der Referent gab weiterhin neue Bestimmungen über die Pflanzen-Einfuhr in Deutschland bekannt, wies darauf hin, daß Gärtnereibetriebe zur Ablieferung von Umlagegetreide nur dann verpflichtet seien, wenn die landwirtschaftlich genutzte Fläche größer als 5 ha ist, und empfahl, vom dem Verbote des Verbandes deutscher Blumengeschäftsinhaber „Kauf Blumen sprechen!“ überall, wo möglich, Gebrauch zu machen.

— Blumen- und Obstbau Welcher Ort. Am Freitag wurde im Rathaus Welcher Ort die von der altbekannten Firma Paul Dauber, Großbaumschulen in Dresden-Toschwitz, veranfaßte Blumen- und Obstbau eröffnet. Der Garten hat hier seinen ganzen köstlichen Fruchtgehalt und den Reichtum der Erde fest. Mit Entzücken ruft das Auge auf den prächtigen Erzeugnissen des Gärtnereibes, vor allen Dingen auf den in großer Reichhaltigkeit vertretenen Dahlien, von denen man über 100 verschiede-

† Staatsoper. Für Arthur Hirsch, der selber in der geistigen Aufführung des „Troubadour“ Rudolf Schmalnauer die Rolle des Grafen von Luna,

† Leuchtschiff auf der Bühne. Zu unserer Notiz in Nr. 430 vom 21. September über Verwendung einer neuen Erfindung in der dekorativen „Valerina“-Aufführung wird uns mitgeteilt: Die nächste Aufführung des Dresdener Schauspielhauses „Gans von Guttenberg“ bedingt bei der Reifezeit der Bühnenwechsel schnellste kostümliche Verwandlungsmöglichkeit für die Hauptdarstellerin. Direktor Linnebach hat eine besondere Zusammenstellung der sogenannten Leuchtschiffe erfunden, deren Wirkung darin besteht, daß sie — auf dem bloßen Körper der Darstellerin aufgetragen — durch verborgene Lichtquellen zum Leuchten gebracht werden, so daß die nur auf dem Körper angebrachte Kostümierung in ihrer jeweilig notwendigen Farbentotalität ausleuchtet. — Die Metropolitano-Oper in New York ist bereits mit Direktor Linnebach in Verbindung getreten, um diese aufsehenerregende Erfindung für die Blumenmädchen im „Barfak“ dienlich zu machen.

† Dresdner Künstler an der Front. Bei der Kunstwoche in Weidenburg hatten Professor Davemann mit seinem warmen Geistesleben und Vera Waldheim mit ihren temperamentvollen Längen überraschend Erfolg.

† Die neueste Oper von Eugen d'Albert. „Mareike von Rammow“, erlebte in den ersten Monaten des kommenden Jahres in München unter Leitung von Generalmusikdirektor Knappertsbusch ihre Uraufführung.

† Das Nationaltheater in Weimar bereitet eine Rathenau-Gedächtnisfeier vor. Die Gedächtnisrede wird Fritz v. Unruh halten.

† Schiller's „Don Carlos“ in Prosa. Generalintendant Hartung bringt in dieser Spielzeit im Sächsischen Landestheater zu Darmstadt Schiller's „Don Carlos“ in der Prosafassung. Der Prosa-„Don Carlos“ wurde vor etwa 140 Jahren in der Bühnenbearbeitung Schiller's in Leipzig, Berlin und Rega aufgeführt, hat aber nicht mehr.

† Rom Werden der Wiener Oper geben zwei Büchlein Kunde, die die „Wiener Literarische Anstalt“ herausgebracht hat. Das eine von Paul Stefan, äußerlich in pugilistischer Miniaturform gehalten, erzählt die Entwicklung des berühmten Kunststückes bis zum heutigen Tag mit besonderer Betonung der Geschehnisse des jüngsten halben Jahrhunderts in sehr knapper, fast aphoristischer, aber lebendig anregender Weise. Auf die Begegnungen Wagner's zur Wiener Hofoper und auf die Vera Mahler fällt dabei besonders helles Licht. Das andere, von dem Privatdozenten Egon Bellez, gibt sich mehr historisch-ästhetisch. Es behandelt auf Grund besser Quellenkenntnis die

Anfänge der Wiener Oper im Restalter des Barock und stellt ein geschäftvolles allgemeines Kapitel über den Beginn des Barock in der Musik an die Spitze. In einem kurzen Vorwort aber werden gleichsam die ästhetischen Voraussetzungen auf die Gegenwart gezogen. Daß die Oper wieder barockes Geistes voll werden, das heißt auf jeden Naturalismus vollständig verzichten müsse und musikalisch wieder die „geschlossene Form“ und statt der „unendlichen“ die „endliche“ Melodie zu suchen habe, will freilich nicht so ohne weiteres eintreten. Die Zukunft der Oper läßt sich nicht theoretisch festlegen. Sie wird einzig vom schöpferischen Genie bestimmt werden. Mozart war ein solches, darum haben seine Opern mit „endlicher“ Melodie triumphiert. Wagner war auch eines, darum hat er mit „unendlicher“ Melodie gesiegt. Und das Genie der Zukunft mag Opern schreiben in welchem Stil es will: es wird siegen, wenn es schöpferischen Geistes voll ist.

† Neue Regelung der Bücherpreise. Die Verwirrung auf dem Büchermarkt — alle Tage kann man erleben, daß zwei nebeneinander gelegene Buchhandlungen für dasselbe Buch wesentlich verschiedene Preise berechnen — hat jetzt die Vorstände des Börsenvereins der deutschen Buchhändler und im deutschen Verlegerverein zu einer einschneidenden Stellungnahme veranlaßt. Sie empfehlen ihren Mitglieedern, bei der Preisfestlegung ein Verfahren anzuwenden, das die wissenschaftlichen Verleger schon eingeführt haben. Danach soll der Verleger bestimmte, möglichst gleichbleibende Grundabgaben festsetzen und diese erheben dann mit einer entsprechend den Schwankungen des Geldwertes wechselnden Schlüsselzahl multipliziert den Ladenpreis der Bücher. Die Schlüsselzahl setzen die genannten Verbände fest, als erste ist 60 bestimmt. Auf diese Weise hofft man es zu erreichen, daß die Geldwertverwertung nicht die Fortführung jedes verlegerischen Tätigkeits überhaupt bedroht, da der Verleger bei sinkendem Kurse sich der Geldwertverwertung anpassen kann, und daß andererseits die Gleichmäßigkeit des Ladenpreises wieder durchgeföhrt wird.

† Der Marinemaler Karl Saltmann bezieht am 23. September seinen 75. Geburtstag. Er gehört zu den besten Vertretern seines Schaffens in jenen Abzweigen der deutschen Malerei, da das mächtig aufblühende Reich mit allen Kräften auf die hohe See hinausströmte. Die Marinen Saltmann's schenken Einblick in jene Tage, und ihre Schönheit geföhrt nicht ohne persönliche Förderung durch Kaiser Wilhelm II., der sich als Vorkämpfer des deutschen Seefranzes fühlte. Saltmann hat den Kaiser mehrfach auf seinen Reisen, so nach Rußland und nach Skandinavien, begleitet, und dabei sind zahlreiche seiner bekanntesten Gemälde entstanden.

Dahin gehören a. B. das Bild, das Wilhelm II. auf der Balkanhalbinsel zeigt, und die Ankunft des deutschen Kaisers im Hafen von Kronstadt, die dem Jaren zum Geschenk gemacht wurde. Ehe Saltmann so künstlerischer Reisebegleiter des Kaisers geworden war, hatte er in den Jahren 1878 bis 1880 die Weltumsegelung des Prinzen Heinrich mitgemacht. Mehrere Bilder zeigen die Korvette „Prinz Adalbert“, auf der die Reisenden fuhren, in verschiedenen Breiten. Saltmann, ein geborener Berliner, war zuerst Goldschmid und studierte dann in seiner Vaterstadt und in Düsseldorf. Von 1894 bis 1898 war er auch Lehrer für Marinemalerei an der Berliner Akademie der Künste.

† Uraufführung eines Dramas von Trocki in Moskau. Wie aus Moskau berichtet wird, hat Trocki sein Drama „Zwei Welten“ beendet. Das Stück soll demnächst in einem der Moskauer Theater zur Aufführung gelangen.

† Radiokonzerte in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Am 17. September nachmittags 3 Uhr hat sich die große russische Radiostation auf die Wellenlänge 300 eingestellt und hat mit dieser Wellenlänge allen anderen russischen Radiostationen ein Konzert veranstaltet. Die besten russischen Sänger und Schauspieler haben an diesem Tage Werke von Tschalkowski, Rimski-Korsakow und Borodin vorgetragen und funktentelephonisch durch Rußland weitergegeben. U. a. war auch der Kongress der russischen Physiker, der in Nischni-Nowgorod tagt, mit der Telefunken-Radiostation verbunden und vermochte so den Werken russischer Musiker und Dichter zu lauschen.

† Ein französisches Werk über Silderlin. Die Arbeit eines früheren Gymnasialprofessors in Orleans, Joseph Claverie, „Die Jugend Silderlin's bis zu dem Roman „Claverie“ ist jetzt in einem Pariser Verlage erschienen. Claverie, der von 1907 bis 1910 in Göttingen studierte, ist in der Wagnerschlacht gefallen, und deswegen blieb seine Arbeit unvollendet. „Die Arbeit“, sagt Otto Grautoff im „Literarischen Echo“, ist ein letztes, schönes Werk für die jetzt verpönte germanistische Richtung an der Sorbonne. Das Buch ist gründlich aus tiefster Einfühlung in Silderlin und die deutsche Seele heraus entstanden und legt für das Verständnis der deutschen Romantik ein vornehmes Zeugnis ab.“

† Die Silderliner Gebe als Naturschutzgebiet. Eingehende Bestimmungen zum Natur- und Heimatdienst sind, wie in der „Heimatbuch-Chronik“ mitgeteilt wird, für die Silderlinger Gebe erlassen worden, die ja im vorigen Jahre endlich zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. So wird u. a. festgestellt, daß bei der Wiederbeplanzung von Forstgürteln die Forderungen des Naturschutzes berücksichtigt werden

Vermischtes.

Der Strafvollzug an Mag. Hölz.

Su den von einigen Blättern erhobenen Angriffen wegen der Art der Strafverurteilung an Hölz...

Nicht Genossenschaft habe Vorstehendes so gefasst, wie ich es nach dem Sinne...

In Breslau war Hölz zunächst in das Lazarett der Hauptstadt aufgenommen worden.

Die Rhön-Gezelliger beim Reichspräsidenten. Beim Reichspräsidenten fand am Freitagabend ein Empfang zu Ehren der Rhön-Gezelliger statt...

Unterbrochene Telefonverbindungen nach Berlin. Aufolge des Sturmischen Wetters sind die direkten Fernspreverbindungen von Berlin nach Kassel...

Stapelhaus eines neuen Monddampfers. Für den Norddeutschen Lloyd lief am Donnerstag in Bremen ein 4000-Tonnen-Dampfer für Fracht- und Passagierverkehr vom Stapel...

Die Hiesenschäden des Brandes von Smyrna. Der Brand von Smyrna ist einer der größten, den die Weltgeschichte kennt...

Verurteilung eines Holzgroßhändlers. Das Landgericht München verurteilte den Holzgroßhändler Kommerzienrat Abraham Landauer in München...

Verurteilung eines Studenten. Der Studiendirektor am Progymnasium in Solingen, Stahl, war vom Landgericht Kassel wegen Vernachlässigung von Pflichten...

Ein neuer Flugweltrekord. Den Pariser Blättern zufolge hat der Piloter Sadi Lecointe einen Schnellflug über einen Kilometer Entfernung unternommen...

Turnen - Sport.

Pferdesport.

Rennen ohne Toto wurden kürzlich in Wien abgehalten. Dort waren die Beamten des Wiener Trabrennvereins...

Wünsche der Rennfahrer.

Am 8. Oktober hält der Reichsverband Deutscher Rennfahrer im Kaiserhof in Berlin seine 8. Generalversammlung ab. Den Hauptpunkt der Beratungen wird ein Beschluß des Ausschusses bilden...

Schluss betreffend die Ausrichtung der Reichsverbandstagen 1921/22 an den Hamburger Sportverein wurde noch dahin erweitert...

Reichstafletts.

Reichstafletts. Das Reichstaflettspiel, das bereits angekündigte Spiel und Sportfest der Vereine 1921/22 Turnfest und Tafletts...

Turnen.

Die Turnerschaft des Vereins Volkswohl begeht heute, Sonntag, den 1. Oktober, das Jubiläum ihres 40jährigen Bestehens...

Der Turnverein Triffl auf zu Dresden-Trachau hält auf seinem im Walde hinter dem Wiesen Wäldchen gelegenen Spielplatz am Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr ein Fest...

Der Turn- und Sportverein Dresden-Landeshof (T. S. L.) hält morgen, Sonntag, den 1. Oktober, nachmittags 2 Uhr an der Schulturnhalle der 84. Volksschule sein 100jähriges Jubiläum...

Waffenport.

Waffenport. Vor einem zahlreichen Publikum, darunter Vertreter der höchsten Behörden, fand am Sonntag in Chemnitz das Schießfest...

Wassersport.

In dem verbandsoffenen Jubiläumsschwimmwettbewerb des Wasserclubs Sparta von 1902 am 30. September und 1. Oktober im Hübnerbad haben 21 Vereine aus allen Teilen Deutschlands...

Bogen.

Stadtwettbewerb Dresden gegen Leipzig im Bogen. Der bekannteste Pfeilklub Dresdens 1914, der sich um die Lösung des Bogenproblems in unserer Stadt ganz besonders verdient gemacht hat...

Billard.

Stadtwettbewerb Dresden gegen Meissen. Das am vergangenen Sonntag im Klubheim des Amateurs-Billard-Klubs Dresden zum Austrag gelangte Stadtwettbewerb Dresden gegen Meissen nahm einen sportlich schönen Verlauf...

Angelfisch.

Angelfisch. Der dem Süddeutschen Anglerbund angeschlossene 1. Reichsanglerverein in Göttingen hat die angelfisch-sportliche Arbeit im Herbst...

Reichstafletts der Deutschen Turnerschaft. Sitzung des Vorstandes...

Rasenport.

Der Jugendausflug im Gau Ostfalen des B. V. R. B. Mittel am Verabschiedung folgender Bekanntheitsnamen: Die 2. a. d. n. s. p. l. e. folgender Vereine werden Sonntagabend abgesetzt...

Pfeil-Spar vermindert Ihre Gasrechnung. Spar-Glückkörper Marke Pfeil sparen laut technischer Untersuchung 25% Gas.

am 19. Deutsche Eisenhandl. auf 84, Zählwerk auf 70, Hartmann auf 105 und Thüringer Wag. Am Einheitsmarkt...

Leipziger Börse.

Abwärtige Tendenz. Credit-Anstalt 102, Leipziger Anzeiger-Bank 114, Sächsische Bank 820, Bank für Grundbesitz 188...

Nochmals die Schutzgemeinschaft der Besitzer österreichischer und ungarischer, nicht sichergestellter Vorkriegsanleihen.

Von unternommen, nachmittlicher Seite erhalten wir die folgenden Mitteilungen, die sich gegen das Vorgehen...

Der kürzlich eingeleitete in Dresden zur Bildung einer Schutzgemeinschaft eingeladen, die der deutschen Reichsregierung...

Die im höchsten Maße bedauerliche Marktenwertung und im Zusammenhang damit das Hinabsinken der Valuta in einzelnen valutarischen Nachfolgestaaten...

Stets wird jeder, auch wenn er nicht juristisch gefaßt ist, sich ohne weiteres sagen müssen, daß es sich hier um ein ganz ausserordentliches Vorgehen handelt.

Aus der Tätigkeit der Dresdner Handelskammer.

Dem Wirtschaftsministerium wurde berichtet, daß der Gegenstand über Schaffung von Wohnungen in durchgehende und landwirtschaftliche Unternehmungen...

Der Reichsstatistische Anstalt des Reichsamt für Statistik hat nach längerer Erörterung über eine Erhöhung der Zölle für Tabakerzeugnisse in seiner Sitzung...

Sächsische Landwirtschaftsbank, Aktiengesellschaft. In der am 17. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung...

um 2 auf 3 Millionen Mark, sowie über Ausgabe von 1000 000 Mark in 1000 000 Mark.

Thoma-Ramers-Werk Aktiengesellschaft, Dresden. Im der Anzahl der Anteilhaber-Berechtigten liegt der Bericht über die Prüfung des Abrechnungsabganges...

Verständliches Geschäftsergebnis der deutschen Vogelversicherungsgesellschaften im Jahre 1922. Die Zahl der Vogelgeschäden war im Jahre 1922 sehr bedeutend und wesentlich größer als im Vorjahre.

Eine Kundgebung gegen den Verkauf in Auslandswährung. Der Reichsverband des Textilhandels hat, wie die Textil-Woche...

Nebenhand und Traubenkerne. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht einen Bericht über den Stand der Nebenhand und Trauben im September dieses Jahres...

Wedenisches Angebot. Ein sich als „Bankhaus“ bezeichnender Antierhändler H. Venz in Berlin-Wilmersdorf...

Schiffsnachrichten. Mitgeteilt von der Generalagentur des Norddeutschen Lloyd, Dresden-N., Prager Straße 49. Bremen: Dampfer George Washington...

Magdeburg, 21. Sept. K u l a n d s u d e r. (Mitgeteilt vom Deutschen Zucker-Export-Verein zu Magdeburg)

Dresdner Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma Landwirtschaftliche Baugesellschaft mit beschränkter Haftung...